

## Aus gegebenem Anlass

von André Förster am 4. März 2022

Es kommt äußerst selten vor, dass ich mich in einem Newsletter äußere. Bei uns stehen sonst ja die AutorInnen und ihre Bücher im Mittelpunkt ... Ich hätte jedoch diesmal ohnehin wegen der Leipziger Buchmesse das Wort ergriffen und werde auch darauf zu sprechen kommen.

Doch zunächst zu dem dieser Tage Naheliegenden: Bis vor einer Woche gab es mindestens einmal im Jahr das Frage-Antwort-Spiel „Weißt du noch, was du am 11. September 2001 gemacht hast?“ Diese Frage nach Erinnerungen an einen mit erschütternden Ereignissen verbundenen Tag bezieht sich seit letzter Woche auf ein neues Datum: den 24. Februar 2022. Wir können nur hoffen, dass SchülerInnen später nicht lernen müssen, dieser Tag sei der Beginn des Dritten Weltkrieges gewesen. Sie werden hoffentlich lernen, dass ein Diktator namens Wladimir Putin, flankiert von einer unglaublichen Lügenpropaganda, seine monatelang an der Grenze konzentrierten Truppen auf einen souveränen Nachbarstaat, ein „Brudervolk“, wie er immer wieder betonte, losgelassen hat, um Menschen zu töten und zu vertreiben, um sich ein Land, in dem freie Wahlen, freie Meinungsäußerung, eine plurale Gesellschaft existierten, einzuverleiben und seinen imperialen Traum der Wiederherstellung eines mit eiserner Hand geführten Großrussischen Reiches zu verwirklichen.

Wir wissen nicht, wie die russische Invasion weitergeht. Klar ist, dass die UkrainerInnen, die sich unerschrocken den Angreifern entgegenstellen, auch *unsere* Freiheit verteidigen und auch für *uns* sterben. Das ist kein Pathos, das ist die Realität, nur zwei Staaten weiter ... Ich habe die Hoffnung, dass die Menschen in Russland ihre Angst vor dem Putin-Regime überwinden bzw. aufwachen und den Despoten so stürzen, wie es 2014 die Menschen in der Ukraine mit dem Putin-treuen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch gemacht haben. Wir erleben, so heißt es seit dem 24. Februar, eine Zeitenwende. Die „Friedensdividende“ nach dem politischen Wandel der Jahre nach 1990 ist aufgebraucht. So zu leben wie bisher, in einer pluralen Gesellschaft mit verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten, einer strikten Gewaltenteilung, freien Wahlen, freier Meinungsäußerung, einer nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeitenden unabhängigen Justiz – das alles ist so sicher nicht, wie wir es in den letzten drei Jahrzehnten für gegeben hielten. Vor noch nicht allzu langer Zeit war in anderem Zusammenhang von der „wehrhaften Demokratie“ die Rede. Das Attribut ist zumindest im Außenverhältnis lange vernachlässigt worden, wie uns nicht erst jetzt, aber nun mit umso größerer Brisanz vor Augen geführt wird. Dass die demokratischen Staaten, darunter die europäischen, jetzt zusammenstehen und auch Deutschland seine mit überholten historischen Argumenten gerechtfertigte Sonderstellung aufgegeben hat, ist immerhin ein positives Signal.

Ein Wort über die, die noch vor einer Woche so viel Verständnis für Putin aufbrachten: Die, wenn sie nicht noch schnell geschmeidige Kehrtwenden hingelegt haben, sind fürs Erste abgetaucht, nach halbherzigen, wenig glaubwürdigen Eingeständnissen, sich in Putin und seiner Clique getäuscht zu haben. In diversen Talkshows waren sie zuvor die Kläffer, die wie auf Kommando mit ihren schrillen, wenig substantiierten Auftritten die Einschaltquoten stabil hoch hielten. Die momentane Zurückhaltung, auf dieses Personal zurückzugreifen, wäre allerdings schon lange nötig gewesen. Denn sie haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass sich der Unsinn von den „vom Westen missachteten russischen Sicherheitsbedürfnissen“, dem „gebrochenen Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen“, der „Einkreisung Russlands“ usw. auch hierzulande in vielen Köpfen festsetzte. Ich hoffe, dass es im Sinne einer (stillschweigenden) Übereinkunft dabei bleibt, auf die „Expertise“ dieser Leute mindestens in den öffentlich-rechtlichen Talksendungen künftig generell zu verzichten. An „alternativen“ Medien mangelt es hierzulande – dank Pressefreiheit – nicht, wo die Wagenknechte und Krone-Schmalzens gewiss Anschlussverwendung finden werden.

Seit dem 24. Februar hatte ich Probleme, mich auf mein Tagwerk zu konzentrieren. Stundenlang verfolgte ich in den Nachrichtensendungen, sozialen Medien und News-Portalen die aktuelle Lage. Dass mir dieses Thema so nahegeht, erkläre ich mir auch damit, dass ich selbst erlebt habe, was es bedeutet, in einem System der Unfreiheit zu leben – eine Situation, in die das Putin-Regime die Ukraine nun zurückbomben will. Dabei habe ich nicht schlecht gelebt in der DDR, die zusammenbrach, als ich 16 war – schon reif genug, um wahrzunehmen, worauf ich mich da als FDJ-Nachwuchskader eingelassen hatte, aber glücklicherweise jung genug, um eine zweite Sozialisation durchzumachen. Ich habe in den 1990er-Jahren in Göttingen und Glasgow unter anderem Politikwissenschaften studiert – mit Fokus auf internationale Beziehungen und politische Ideengeschichte. In den letzten Tagen wurde ich schlagartig an diese Zeit erinnert, und ich habe tatsächlich in meinen alten Studienbüchern geblättert. Damals standen die neue Weltordnung, Abrüstungsfragen, die Zukunft der Europäischen Union, auch deren Sicherheits- und Außenpolitik, auf dem Lehrplan. In Glasgow hat mich dann unter anderem die Befassung mit dem Utilitarismus geprägt: Wir haben ausführlich die Werke von John Stuart Mill und ihre Weiterentwicklung bis ins 20. Jahrhundert analysiert. Das Grundprinzip des Utilitarismus, dass eine Handlung moralisch dann richtig ist, wenn ihre Folgen für das Wohlergehen all derjenigen optimal ist, die von der Handlung betroffen sind, lässt sich auf verschiedene Sphären menschlichen Handelns anwenden, so auch auf die internationalen Beziehungen. Auf erschütternde Weise erleben wir gerade aus nicht allzu großer Ferne, wie dieses simple ethische Prinzip gebrochen wird – im Auftrag eines Diktators, der für seine imperialen Fantasien nicht nur die Bevölkerung eines souveränen

Nachbarstaates bekämpft, sondern auch sein eigenes Volk in Geiselnahme nimmt und sehenden Auges auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte international isoliert.

Unser Verlag steht für die plurale Gesellschaft und für freie Meinungsäußerung; antidemokratische, antiliberalen, antisemitische, homophobe, wissenschaftsfeindliche und verschwörungstheoretische Texte haben in unserem Programm nichts verloren. Nun erweitere ich dieses No-Go ausdrücklich um Positionen, die ein Verständnis für die aggressive russische Außenpolitik äußern und die „Einkreisung“ Russlands durch „hochgerüstete“ Nato-Staaten (zu denen Deutschland seit 1955 gehört!) als Auslöser für den russischen Überfall auf die Ukraine betrachten. Was mich zum zweiten Aspekt meines Briefes bringt: Ich bin der Meinung, dass in einer Situation, in der Menschen sich der russischen Aggressionsarmee todesmutig entgegenstellen, in der Leben ausgelöscht, Häuser, Schulen und Krankenhäuser zerstört werden, in der Millionen fliehen müssen und wir alle gefragt sind, den UkrainerInnen praktisch zu helfen, dass in einer solchen Situation die diesjährige Leipziger Buchmesse so oder so spätestens jetzt hätte abgesagt werden müssen. Ein Lesefest, bei dem neue Bücher ausgelassen gefeiert werden, sollte meiner Meinung nach – anders als einschlägig thematisch geprägte Veranstaltungen (zum Beispiel mit ukrainischen AutorInnen) – ohnehin nicht veranstaltet werden.

Unabhängig von der gegenwärtigen Entwicklung sind unsere Beweggründe, die Teilnahme an der Leipziger Buchmesse abzusagen – wir haben hier im Verlag das Pro und Contra ausgiebig diskutiert und zwei Tage vor der offiziellen Absage unsere Anmeldung storniert –, nach wie vor triftig, denn Covid-19 hat uns weiterhin im Griff. Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt in Leipzig und Umgebung jetzt, Anfang März, noch bei 1200. Auch wenn für diejenigen, die schon „geboostert“ sind, die Konsequenzen einer Covid-Infektion in den meisten Fällen nicht verheerend sind: Corona ist nicht vorbei, nur weil sich viele das wünschen.

Sie haben in den vergangenen Wochen vermutlich einiges über das Messe-Aus gelesen und gehört – wofür ich gern auf Goethes *West-östlichen Divan* zurückgreife: „Getretner Quark wird breit, nicht stark.“ Denn auch in der Wiederholungsschleife wird die These nicht stärker, dass die großen Verlagsgruppen (mit Sitz im Westen Deutschlands, um gleich noch die „Ost-West-Frage“ unterzubringen) die Messe trotz ihres ausgefeilten Hygienekonzepts zu Fall gebracht hätten.

Um es klar zu sagen: Wir haben uns sehr auf die Leipziger Buchmesse 2022 gefreut, als wir uns letztes Jahr angemeldet haben. Erstaunlich fand ich dann allerdings zu Beginn des Jahres, dass vor dem Hintergrund verhalten optimistischer Expertenannahmen, die einen deutlichen Rückgang der Pandemie erst vor Ostern prognostizierten, herbeigeredet wurde, mit dem Erreichen des Höhepunkts der Omikron-Welle Ende Februar erledige sich das Thema Corona dann doch recht schnell. Eine Messe ist jedoch keine Theater-, Sport- oder Musikveran-

staltung, bei der sich alle für eine begrenzte Zeit auf eine ausgedünnte Anzahl von Plätzen begeben.

Nach zwei Jahren Pandemie bleibt es ein Rätsel, weshalb die Leitung der Leipziger Buchmesse kategorisch auf einem „Entweder-jetzt-oder-gar-Nicht“ bestand. Die Diskussionen, vor allem die Behauptung, die „westdeutschen“ Konzernverlage wollten das ungeliebte Ostprodukt entsorgen, wären mit großer Wahrscheinlichkeit nicht losgegangen, wenn die Messe um einige Monate verschoben worden wäre. Bis heute hat die Messeleitung nicht begründet, weshalb es nicht möglich war, umzuplanen und wie andere große Messen (Hannover-Messe, didacta Köln) in den Mai/Juni zu gehen. Bis Anfang Februar wurde gar ausgeschlossen, auf dem Messegelände ein eigenes Testzentrum vorzuhalten; allein das zeigt, dass hier mindestens naiv geplant wurde. Des Weiteren wurden Abstandsregeln für BesucherInnen und AusstellerInnen formuliert, die es gerade kleineren Verlagen unmöglich gemacht hätten, Publikum an ihren Ständen zu empfangen, wollten sie die Regeln nicht verletzen.

Noch vor dem offiziellen Messe-Aus wurde darüber geklagt, eine Komplettabsage habe gerade für kleine Verlage „existenzbedrohende Folgen“. Was jedoch, wenn unser kleines Team während der Messe oder im Anschluss daran mit einer Covid-19-Infektion für eine gewisse Zeit ausgefallen wäre? Wenn tatsächlich Hunderttausende die Messe besucht hätten, dann wären die Mitarbeitenden der Verlage vier Tage lang jedenfalls einem entsprechenden Infektionsrisiko ausgesetzt gewesen – ein Risiko, das für die Existenz eines kleinen Verlages bedrohlicher gewesen wäre als die nun doch erfolgte Komplettabsage.

Kurzum: Verantwortlich für das Messe-Aus ist meines Erachtens die Buchmesseleitung mit ihrer bis zuletzt eklatanten Fehleinschätzung der Lage und mangelnden Flexibilität bei der Planung. Ich finde es abenteuerlich, dass einige reichweitenstarke KommentatorInnen in Presse und Rundfunk daran keinen Gedanken verschwendet, sondern die Verantwortlichen gleich woanders ausgemacht haben, wie erwähnt bei den (großen) Verlagen: Die Sorge um die Mitarbeitenden könne doch nur ein vorgeschobener Grund gewesen sein. Ein gut bestallter Redakteur aus Hamburg, Frankfurt oder München hat freilich gut schreiben. Er wäre nicht in Leipzig in einer Umgebung mit Impfquote unter 65 Prozent und Inzidenz um die 1000 vier Tage lang wie eine Ölsardine in völlig überfüllter Straßenbahn zum Messegelände gefahren (und wieder zurück) und mit potenziell Hunderttausenden Menschen zusammengekommen. Da ist es dann wohlfeil zu behaupten, die „Angst“ der Verlagsleute, die sich in den letzten Jahren in ihren Homeoffices behaglich eingerichtet hätten, sei einer der wesentlichen Auslöser für den Rückzieher der großen Verlage gewesen.

Mit Blick auf die vielen Konfusionen und Unsicherheiten dieser Tage schließe ich mich daher gern Kant an: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!